

20.02.2012 / Titel / Seite 1

Ruf zur Solidarität

In zahlreichen Städten der Europäischen Union und in Nordamerika beteiligten sich am Sonnabend unter dem Motto »We are all Greeks - Wir sind alle Griechen« Tausende Menschen an Solidaritätsdemonstrationen mit der griechischen Bevölkerung. Sie forderten ein Ende der Kürzungspolitik, die Griechenland von EU, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds - der sogenannten Troika - auferlegt wird. In Spanien beteiligten sich am Sonntag Zehntausende in 57 Städten an Kundgebungen der Gewerkschaften gegen die sogenannte Arbeitsmarktreform der konservativen Regierung. Am Sonntag kam es in Athen zu weiteren Protestaktionen.

In Paris versammelten sich mehr als 2000 Menschen auf der Place Trocadéro und marschierten zur griechischen Botschaft. Kundgebungen fanden u.a. in London, Berlin, Amsterdam, Barcelona, Brüssel, Köln, Kopenhagen, Dublin, Lissabon, Stockholm und Nicosia statt. Demonstrationen wurden auch aus New York und Chicago gemeldet.

In der griechischen Hauptstadt folgten am Sonntag vormittag etwa 3000 Menschen einem Aufruf der Gewerkschaften. Für den Nachmittag waren Kundgebungen weiterer Organisationen geplant. Auf Spruchbändern kritisierten die Demonstranten die jüngsten Beschlüsse der Athener Regierung: »Armut und Hunger haben keine Nationalität«, war auf einem Transparent zu lesen, gefolgt von dem englischen Zusatz: »all of us we are Greeks, Merkel and Sarkozy are freaks« (Wir sind alle Griechen, Merkel und Sarkozy sind Freaks). »Wir schämen uns unserer Politiker«, stand auf einem orangefarbenen Schild, ein anderes forderte: »Laßt uns Griechenland neu erschaffen«.

Die griechische Regierung votierte am frühen Sonntag morgen für die letzten Einsparungen, die die internationalen Geldgeber als Bedingung für die Freigabe von 130 Milliarden Euro neuerlicher Kredite von Athen gefordert hatten. Die Maßnahmen sollen am heutigen Montag dem Parlament zur Abstimmung vorgelegt werden, um die Euro-Finanzminister, die sich am selben Tag zu Beratungen treffen, vom »Reformwillen« Griechenlands zu überzeugen, erklärte Regierungschef Loukas Papadimos. Aufgrund der Unterwerfung unter das Diktat der Troika erwartete Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) im Tagesspiegel am Sonntag, daß das »Hilfspaket« gebilligt werde. Experten des Bundeswirtschaftsministeriums kritisierten einem Bericht der Welt am Sonntag zufolge jedoch, Athen komme bei den versprochenen Reformen nicht voran. Die Vizepräsidentin der EU-Kommission, Viviane Reding, warnte ähnlich wie Schäuble davor, Gelder in ein »Faß ohne Boden« zu schütten. Sie sei aber »zuversichtlich«, daß die Finanzminister der Euro-Zone das »neue Rettungspaket« beschließen würden, sagte sie dem Wiener Kurier.

Auch in anderen EU-Staaten steigen die sozialen Spannungen. Aus Protest gegen die Liberalisierung des Arbeitsmarktes durch die Regierung gingen am Sonntag in ganz Spanien Tausende Menschen auf die Straße. Die größte Kundgebung fand in Madrid statt. Die Gewerkschaften stemmen sich gegen eine kürzlich eingeführte Regelung, die es spanischen Unternehmen angesichts schwindender Einnahmen erlaubt, aus Kollektivverträgen auszusteigen. Ihnen soll damit mehr Freiheit bei der Änderung von Dienstzeiten, Dienstorten und Gehältern ihrer Angestellten gegeben werden. Auch Kündigungen werden so für die Firmen billiger und einfacher. Mit der Maßnahme will die neue konservative Regierung die angeschlagene Wirtschaft des Landes ankurbeln.

jW-Bericht